

Conscience and Peace Tax International (CPTI)

Rundbrief Nummer 6

29 Oktober 2009

Die Oktober-Sitzungsperiode des UN Menschenrechtskomitees

CPTI und die Genfer Vertretung der Quäker bei den Vereinten Nationen in Genf haben sich zusammen getan, um Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen aus Kolumbien, Israel und Russland zur 97. Sitzungsperiode des UN Menschenrechtskomitees zu bringen, die am 12. Oktober begann.

Das Menschenrechtskomitee befasst sich mit den Berichten, die in regelmäßigen Abständen von Mitgliedsstaaten des Internationalen Abkommens über zivile und politische Rechte eingehen. Der Zufall wollte es, dass in den letzten paar Jahren diese Berichte fast alle aus Ländern stammten, wo es keine Militärdienstpflicht gibt, oder (wie in Schweden und Dänemark) wo es akzeptable Alternativen für Verweigerer aus Gewissensgründen gibt.

Plötzlich, in der Sitzungsperiode dieses Monats, finden wir nicht nur die russische Föderation (ein Land, dessen Vorkehrungen für Verweigerer aus Gewissensgründen noch sehr zu wünschen übrig lassen) unter den Regierungen, die in öffentlichen Anhörungen Frage und Antwort stehen müssen, sondern das Programm enthält auch private Treffen, während der Mitglieder des Komitees die Fragen erörtern, die bei den zukünftigen Anhörungen von Kolumbien und Israel zur Sprache kommen sollen.

Dies war eine einmalige Gelegenheit für uns, eine Sitzung einzuberufen, in deren Rahmen Mitglieder des Menschenrechtskomitees über die Probleme der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen informiert werden konnten, mit Sprechern aus allen drei Ländern.

[Bildunterschrift]: In der Herbstsonne im Garten des Quäkerhauses, nach Abschluss des Programms: von links nach rechts: Andrey Kalikh (Russland), Klaus Talaverano (spanischer Dolmetscher), Holly Mason-White (Quäkerbüro bei den Vereinten Nationen), Deybi Cuesta (Kolumbien), Haggai Matar (Israel), Danna Frank (Israel) und Rachel Brett (Quäkerbüro bei den Vereinten Nationen). Photo: Derek Brett (CPTI)

ANOOC, die landesweite Organisation für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen in Kolumbien, wählte Deybi Cuesta als ihren Vertreter: er kommt aus der antimilitärischen Kommune Quinta Mandiamento in Barrancabermeja, im Norden des Landes.

“Das neue Profil” in Israel entsandte Haggai Matar und Danna Frank. Haggai war einer der Oberstufenschüler des Jahrgangs 2001/2 (*shministim*), die eine Erklärung unterzeichneten, in der sie ihren Widerstand gegen die Teilnahme an der Besetzung palästinensischen Landes zum Ausdruck brachten, und einer der fünf, die dazu ausgewählt wurden, vor das Militärgericht gestellt zu werden, weil sie sich weigerten,

sich einziehen zu lassen. Im Ganzen verbrachte er zwei Jahre in Militärgefängnissen. Er arbeitet jetzt als Journalist in Israel.

Danna, die wie alle jungen Frauen beim Schulabschluss einberufen wurde, widersetzte sich ihrer Familie, indem sie sich zur Pazifistin erklärte. Da sie wie fast alle vom "Gewissenskomitee" der israelischen Armee abgelehnt wurde, wählte sie schließlich den sichersten Weg, den Militärdienst zu vermeiden, indem sie sich bereit erklärte, von einem Psychiater untersucht zu werden und bestätigt zu bekommen, dass sie seelisch ungeeignet wäre – ein Schritt, der eine ganze Reihe negativer Konsequenzen auf die spätere Berufslaufbahn haben kann. Sie leitet heute den Beratungsdienst von "Das neue Profil" für junge Menschen, die Probleme in Bezug auf den Militärdienst haben.

Aus Russland hießen wir Andrey Kalikh von der gesamtrussischen NGO Koalition für einen demokratischen Zivildienst willkommen – wir kannten uns schon von Zusammenkünften vor nicht langer Zeit im europäischen Büro für Verweigerung aus Gewissensgründen.

Der Montagvormittag bot die Gelegenheit, das Komitee in seiner "Vollversammlung" anzusprechen, das heißt, dass alle Mitglieder anwesend waren und die Vereinten Nationen Simultandolmetscher lieferte. Am Montagabend sprachen alle vier Gäste während einer öffentlichen Versammlung im Quäkerhaus, die Mitglieder der Genfer Quäkergemeinde, Menschen aus der Gegend, die sich für den Frieden einsetzen, und Vertreter von NGOs, die bei den Vereinten Nationen akkreditiert sind, zusammen führte. Am Dienstag, in einer zwanglosen Informationsrunde für NGOs, sprachen sie lange mit vier Mitgliedern des Komitees, die eine Stunde zwischen Sitzungen opferten, um sie anzuhören; die Gäste gingen von dort aus sofort weiter zu einer Konferenz mit Personal des Büros des Hochkommissars für Menschenrechte, die sich dienstlich mit manchen der "besonderen Vorgänge" befassen – unabhängige Experten und Gruppen von Experten, deren Aufgabe darin besteht, bestimmte Kategorien von Verletzungen der Menschenrechte zu untersuchen. Am Mittwoch nahmen sie dann alle an einem "inoffiziellen" Mittagessen im Quäkerhaus teil, bei dem Diplomaten aus vier Kontinenten nicht nur mit der Lage in ihren eigenen Ländern aufs Laufende gebracht wurden, sondern auch allgemeine Probleme aus dem Umkreis des Rechts zur Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen zur Sprache kamen.

Was konnten sie uns nun alles berichten? In Kolumbien herrscht totaler Mangel an Anerkennung der Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Das Rekrutierungssystem benutzt regelmäßig die Methode, Ausgänge aus öffentlichen Verkehrsmitteln abzusperren und jeden jungen Mann, der nicht das zauberkräftige Stück Papier vorweisen kann, das beweist, dass er seinen Militärdienst schon abgeleistet hat, auf einen Armeelastwagen verlädt. Wer sich dieses Stück Papier (die *libreta militar*) nicht entweder erdient oder gekauft hat, kann auch keinen Universitätsabschluss erwerben, und die meisten legalen Arbeitsstellen bleiben unzugänglich. In den Städten vegetieren viele kolumbianische Verweigerer aus Gewissensgründen als "ewige Studenten", die ihren Lebensunterhalt durch Schwarzarbeiten verdienen. In den entlegeneren Landesteilen sind die, die den Fallen

der Armee entgehen, ständig in Gefahr, gefangen genommen und gegen ihren Willen in die Streitkräfte der oppositionellen Guerillas eingegliedert zu werden. Menschen, die Verweigerern aus Gewissensgründen helfen, bekommen oft ausgesprochen glaubwürdige, individuelle Todesandrohungen von den paramilitärischen Gruppen, die auf Seite der Regierung stehen, wenn sie auch offiziell verboten sind.

In Israel ist das Rekrutierungssystem technisch viel perfekter, und es gibt sogar die Anerkennung der Verweigerung aus Gewissensgründen – für die, die es schaffen, die israelische Verteidigungsmacht (Israeli Defence Force, IDF) davon zu überzeugen, dass sie “reine” Pazifisten sind. Laut IDF müssen Pazifisten Veganer sein, sie dürfen kein Leder tragen (nicht einmal ein Uhrarmband), sie dürfen keine schwarzen T-shirts tragen und keine laute Rockmusik hören. Und ihre Einstellung muss schon klar sein, wenn sie sechzehn Jahre alt sind, weil dann in den Schulen der Prozess der Registrierung für den Militärdienst beginnt. Verweigerer aus Gewissensgründen, die nicht von den Militärbehörden anerkannt werden (das Justizwesen oder sonstige zivile Behörden haben keine Aufsicht über diese Vorgänge) werden normalerweise auf Zeiträume zwischen vierzehn Tagen und einem Monat in Militärgefängnissen eingesperrt und dann vor ein anderes Disziplintribunal gebracht, wo sie gefragt werden, ob sie nun bereit seien, ihren Militärdienst auszuüben, oder ob sie von einem Militärpsychiater untersucht werden wollen. Wenn sie beide Möglichkeiten ablehnen, ist die Quittung eine weitere kurze Freiheitsstrafe, und so geht es unentwegt weiter, bis sie zusammenbrechen, in die eine oder andere Richtung.

Danna brachte Exemplare des neuesten *shministim*-Briefes mit nach Genf, und ein paar Tage später, am 22. Oktober, wurde Efi Brenner als erster der achtzehnjährigen Unterzeichner im Militärgefängnis eingesperrt. (Mehr und neueste Informationen finden Sie auf www.newprofile.org)

In Russland soll theoretisch ein Gesetz über den Ersatzdienst (das endlich Ende 2004 in Kraft trat), das Recht zur Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen anerkennen, obwohl die meisten Kandidaten für den Wehrdienst keinen Zugang zu Informationen über diese Möglichkeit haben, und Verweigerer aus Gewissensgründen, die es schaffen, beim Alternativdienst angenommen zu werden, werden doppelt bestraft. Alle möglichen Einschränkungen werden ihnen absichtlich auferlegt, um die Zustände beim Ersatzdienst nicht leichter als die beim Militärdienst sein zu lassen. Der Ersatzdienst muss in einem “anderen Subjekt der russischen Föderation” abgeleistet werden – die Entsprechung in den USA wäre “ein anderer Staat der Union”, aber die Entfernungen in Russland sind viel größer. Während des gesamten Zeitraumes des Ersatzdienstes dürfen Verweigerer aus Gewissensgründen ihren Arbeitsplatz nicht ohne Erlaubnis des Arbeitgebers verlassen. Im Unterschied zu Wehrdienstleistenden, die von der Armee eingekleidet und ernährt werden, bekommen Ersatzdienstleistende oft eine Entlohnung, die unter dem Existenzminimum liegt. Trotz all dieser zusätzlichen Strafen legt das Gesetz fest, dass der Ersatzdienst ein-drei-Viertel-mal so lange dauert wie der Militärdienst; bis der Militärdienst im Jahre 2008 auf ein Jahr verkürzt wurde, kostete das Verweigerern aus Gewissensgründen dreieinhalb Jahre ihres Lebens. Wenn man weiterhin bedenkt, dass es beim ersten Anlauf die Armee selbst ist, die entscheidet,

wer als Verweigerer aus Gewissensgründen anerkannt wird und wer nicht (und sie liefert keine Statistiken über die Zahl der abgelehnten Anträge), dass Verweigerer aus Gewissensgründen keine Wahl haben, wenn sie zu "ziviler" Arbeit für die Armee abgeteilt werden, und dass eine giftige Medienkampagne, angezettelt vom Militär, Verweigerer aus Gewissensgründen als Feiglinge darstellt, als Verräter, als Anhänger fragwürdiger Sekten, und den Ersatzdienst als "schmutzige Arbeit, eines echten Mannes unwürdig", dann kann man sehen, wie weit der Weg in Russland noch ist, bis die Behandlung von Verweigerern aus Gewissensgründen wirklich internationalem Niveau entspricht.

Gerade bevor unsere Informationsveranstaltung am Dienstag beginnen sollte, wurde angesagt, dass eine Sondersitzung des Rats für Menschenrechte (eine Körperschaft mit Delegierten aus vielen Regierungen, die direkt der UN Generalversammlung unterstellt ist) einberufen worden war, um sich mit "der Lage in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalems" zu befassen, aber natürlich in erster Linie mit dem Goldstone-Bericht über die Ereignisse in Gaza im Januar. Haggai stürzte sich in einen frenetischen Fax-Austausch mit seiner Redaktion in Tel-Aviv und schaffte es, einen Presseausweis zu bekommen; so blieb er am Donnerstagmorgen, während Danna und Deybi nach Osten und Westen abflogen, in Genf, um über diese unter Umständen sehr wichtige Versammlung zu berichten. Andrey blieb auch in Genf, um bei dem öffentlichen Verhör der russischen Delegation durch das Komitee zuzuhören, und um an ein paar Frühstücks-Informationen für das Komitee teilzunehmen, die von der großen Gruppe NGOs veranstaltet wurden, die aus Russland gekommen waren. Danach freute er sich an einem wohlverdienten Wochenende als Tourist in Genf, zusammen mit Frau und Söhnchen.

Trotz etwas, das fatal nach absichtlicher Zeitverschwendung durch die russische Delegation aussah – ihre Reden klangen sehr ehrlich, aber nahmen keinerlei Rücksicht auf die begrenzte Zeit, die zur Verfügung stand – hatten wir in einer Hinsicht Erfolg in Bezug auf eins unserer bescheidenen Ziele für die Veranstaltung: eine Frage wurde über die Vorkehrungen für den Ersatzdienst gestellt. Das Ende der Sitzungsperiode des Komitees am 30. Oktober wird zeigen, ob dies Problem auf diese Weise in die "abschließenden Bemerkung" des Komitees und Empfehlungen an die russische Föderation aufgenommen wird. Wir werden etwas länger warten müssen, bis wir erfahren, ob wir auch in unseren anderen kurzfristigen Zielen erfolgreich gewesen sind – dass die Frage der Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen in die "Problemliste" aufgenommen wird, die an die Regierungen von Kolumbien und Israel im Vorbereitungsstadium für ihre Untersuchung durch das Komitee im kommenden Jahr geschickt werden wird.

Ja, es handelt sich eben nur um Worte auf einem Teil der kiloweise Papier, die die Vereinten Nationen ausspucken. Niemand in Genf oder in New York besitzt einen Zauberstab. Wir können nicht hoffen, dass die schiere Tatsache, dass wir jemanden hergebracht haben, der vor den Vereinten Nationen spricht, auf wundersame Weise die tatsächliche Lage ändert. Aber langsam spricht sich die Botschaft doch herum, und gelegentlich sehen wir Veränderungen in der realen Welt, die vielleicht doch ein klein

wenig von unserer Tätigkeit in der dünnen Höhenluft der Vereinten Nationen profitiert haben.

Equador, das am 19. und 20. Oktober von der Menschenrechtskommission unter die Lupe genommen wurde, ist solch ein Fall. Bis vor kurzem galt in Equador, wie in Kolumbien und anderen Ländern dieser Region, ein Dienstpflichtsystem, das auf der "*libreta militar*" basiert. Dies Dokument war lebensnotwendig für jeden Mann, der akademische oder sonstige berufliche Qualifikationen anstrebte, aus dem Land ausreisen, in den öffentlichen Dienst treten oder sogar nur einen Führerschein erwerben wollte. Für diejenigen, die keine Wehrpflicht geleistet hatten, war eine "*libreta militar*" zu haben, wenn man eine bestimmte Militärsteuer bezahlte – die "Ersatzquote" – mit einem Betrag, der von denen erhoben wurde, die offiziell ausgenommen waren (zum Beispiel aus Gesundheitsgründen), und einem wesentlich höheren für die, die es geschafft hatten, dem Militärdienst zu entgehen und nun ihre Lage legitimisieren wollten. CPTI bekämpft solche Richtlinien, die überraschend weit verbreitet sind, vor allem wenn deren Ergebnis ist, dass die Verweigerer aus Gewissensgründen dazu gezwungen werden, einen direkten finanziellen Beitrag an die Militärbehörden zu leisten, aber wir finden auch, dass sie ein nützlicher Beweis der Tatsache sind, dass die Grenze zwischen der Verpflichtung von Menschen in die Armee und dem Einzug von Steuern, um militärische Ausgaben zu finanzieren, keineswegs so eindeutig ist wie unsere Gegner es manchmal darstellen wollen.

Wir beliefern das Menschenrechtskomitee regelmäßig mit schriftlichen Darstellungen der Lage in den Ländern, die gerade untersucht werden, in Bezug auf die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen (und wir beziehen Wehrdienst, der in Form von Steuerzahlungen geleistet wird, mit ein). Diese Arbeit wird von unserem ständigen Vertreter in Genf, Derek Brett, geleistet mit Unterstützung (wie auch der gesamte Beitrag von CPTI zu den Kosten des Programmes dieses Monates) durch ein Stipendium der Joseph Rowntree Stiftung in Großbritannien. Im Juli dieses Jahres, als das Komitee die Problemliste aufstellte, die in Bezug auf den Bericht von Equador zu erörtern sein würde, konzentrierte sich unsere Eingabe stark auf diese Militärsteuer, und wir freuten uns sehr, dass diese Angelegenheit in die Problemliste aufgenommen wurde. "Bitte liefert uns Informationen", bat das Komitee, "über das System, Geld für diese *libreta militar* zu verlangen, und lasst uns wissen, ob dies System sich auch auf Leute bezieht, die vom Militärdienst befreit sind. Darüber hinaus hätten wir gern Kommentare, ob dass System, für die *libreta militar* Geld zu verlangen, im Einvernehmen mit dem Artikel 18 (Freiheit der Gedanken, des Gewissens und der Religion) der Vereinbarung steht und gibt an, wie der Staat garantiert, dass die Rechte unter Artikel 18 von Menschen, die keine *libreta militar* kaufen, respektiert werden".

Equador schickte schriftliche Antworten zu der Problemliste (nur auf Spanisch). Aus diesen ging hervor, dass eine neue Verfassung im Jahre 2008 die Lage, wie sie im Staatsbericht beschrieben wurde (und auch unsere neuesten Informationen von Verweigerern aus Gewissensgründen aus Equador) total verändert hatte. Mit Bezug auf eine Entscheidung des Verfassungsgerichtes im Jahre 2007, dass das Gesetz über die militärische Rekrutierung versagt, wenn es um die Anerkennung des Rechtes auf

Verweigerung aus Gewissensgründen geht, verlangt die neue Verfassung, dass der Militärdienst freiwillig sei. Was die *libreta militar* angeht, so heißt es in der Antwort: “Von dem Augenblick an, in dem das Verfassungsgericht sein Urteil fällte, wurden die Einschränkungen für die, die der Dienstpflicht ausgewichen waren, aufgehoben, einschließlich der in Bezug auf das Bekleiden von öffentlichen oder privaten Stellen, das Verlassen des Landes, das Erwerben eines Führerscheins, oder die Einschreibung in einer Schule oder Hochschule. Das Ergebnis ist, dass die *libreta militar*, die den Abschluss des Militärdienstes in der Armee bestätigte, und ohne die niemand die oben aufgezählten Rechte ausüben konnte, nunmehr nicht mehr Vorbedingung für Männer sind, die reisen, studieren oder Autofahren möchten. Darüber hinaus ist die *libreta milita* nicht mehr in Gebrauch, und alle Richtlinien über ihre Ausgabe und Anwendung sind widerrufen worden”. Die CPTI Eingabe an die Sitzungsperiode im Oktober musste schleunigst neu abgefasst werden, um mit Freude die Veränderungen zur Kenntnis zu nehmen, um die Hoffnung auszudrücken, dass sie auch wirklich voll in die Praxis umgesetzt werden würden, und sie als Vorbild für andere Länder der Region zu empfehlen.

All die Eingaben von CPTI zu dieser Sitzungsperiode des Menschenrechtskomitees, zusammen mit den kurzen Darstellungen, die Haggai und Deybi in der Eröffnungspenarsitzung abgaben, und Andreys Bericht über die “Anwendung des Rechtes zur Verweigerung aus Gewissensgründen in der russischen Föderation” werden demnächst auf der CPTI Webseite zu finden sein.

Hier folgen noch ein paar Web-Verbindungen für weitere Informationen:
Der Artikel von War Resisters International über die Verhaftung von Efi Brenner:
<http://wri-irg.org/node/9040>

die Webseite von *shministim*:

<http://www.shministim.com/>

ein Interview mit einem der Gründer von New Profile:

http://www.jewishvoiceforpeace.org/publish/article_1116.shtml

Wer zukünftige Bulletins von CPTI nicht mehr erhalten möchte, sollte uns einfach eine E-mail mit dieser Bitte schicken.